



## Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

### **Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, in der 7. Tagung des Landtages über den derzeitigen Stand der am 31. Juli 2006 endenden Erprobungsphase des Projektes „Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)“ schriftlich zu berichten.

Nach der Erprobungsphase sollen die Beruflichen Schulen zu rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechtes umgestaltet werden können, den Beruflichen Schulen herkömmlicher Art sollen ebenfalls größere Freiräume in finanzieller und personeller Hinsicht gewährt werden und sie sollen an der pädagogischen Weiterentwicklung gleichberechtigt teilnehmen.

In den Bericht sollen folgende Punkte einfließen:

- Der staatliche Bildungsauftrag der Beruflichen Schulen laut Schulgesetz muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Das Land muss dazu die Ressourcen - soweit gesetzlich bestimmt - uneingeschränkt zur Verfügung stellen. Das gleiche gilt für den Schulträger.
- Jedes über den staatlichen Bildungsauftrag hinaus gehende Tätigkeitsfeld muss hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit den Anforderungen einer eigenverantwortlich handelnden Einrichtung entsprechen. Eine Vermischung von öffentlichem Auftrag und Weiterbildung ist daher nicht zulässig.
- Aus einer Änderung der Rechtsform und der Aufgabenstellung ergeben sich Konsequenzen für die anstehende Neufassung des Schulgesetzes, z.B. durch

die Einfügung eines eigenen Abschnitts, der RBZ sowie Berufliche Schulen herkömmlicher Art enthält.

- Das partnerschaftliche Zusammenwirken von beruflichen Schulen, den in der Region ansässigen Ausbildungsbetrieben, den überbetrieblichen Ausbildungsstätten sowie den bereits vorhandenen Weiterbildungseinrichtungen muss gewährleistet sein. Ziel ist eine breitere und verbesserte Nutzung der pädagogischen und fachlichen Kompetenz sowie der technischen Ressourcen, die in der Region zur Verfügung stehen.
- Die Regionalen Berufsbildungszentren müssen den Aufbau eines eigenen Qualitätsmanagementsystems gewährleisten, da die Steuerung der RBZ ergebnisorientiert erfolgen soll.
- Die Landesregierung berichtet über ihre bisherigen und geplanten Gespräche mit den Schulträgern und den entsprechenden Spitzenverbänden über die zukünftige Gestaltung der RBZ.

Sylvia Eisenberg  
und Fraktion

Jutta Schümann  
und Fraktion